

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Carsten Hübner, Rosel Neuhäuser und der Fraktion der PDS

Tourismus in Krisengebiete

Am 23. April 2000 hat die philippinische Guerillagruppe Abu Sayyaf auf der malaysischen Ferieninsel Sipadan 21 Geiseln genommen – darunter auch drei deutsche Touristen aus Niedersachsen. Durch diese Entführung ist zum wiederholten Mal deutlich geworden, dass der Tourismus in politisch instabile Regionen der Welt und in Krisengebiete mit erheblichen Risiken behaftet ist. Auch wenn Ereignisse wie auf Sipadan zur absoluten Ausnahme gehören, scheint es geboten, daraus seitens der Bundesregierung und der Tourismusbranche die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, zumal mit Blick auf die steigende Zahl von Bürgerkriegen, innerstaatlichen Konflikten und sozialen wie religiösen Unruhen in vielen Teilen der Welt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Von Urlaubsreisen in welche Länder rät die Bundesregierung gegenwärtig grundsätzlich ab?
2. In welche Länder sind aus Sicht der Bundesregierung Urlaubsreisen gegenwärtig zumindest problematisch oder werden nur auf bestimmte Regionen des jeweiligen Landes begrenzt als verantwortbar angesehen?
3. Was plant die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Tourismusbranche zur Aufklärung der Urlaubsreisenden zu unternehmen bzw. was hat sie bereits dahin gehend unternommen?
4. Was hält die Bundesregierung von der Idee, eine jeweils aktuelle und landesbezogene Tourismusinformation herauszugeben, die Reisenden eine adäquate Risikoabwägung bei der Auswahl des Ferienortes ermöglicht; etwa durch Informationsmaterial, das den Urlaubskatalogen beigelegt wird?
5. Wie viele deutsche Touristen sind in den vergangenen 10 Jahren Opfer politisch oder religiös motivierter bewaffneter Auseinandersetzungen geworden (bitte nach Datum, Urlaubsland bzw. -ort und Straftat aufschlüsseln)?
6. Wie viele deutsche Touristen sind in den vergangenen 10 Jahren Opfer von erheblichen Straftaten – z. B. Raub, schwerer Körperverletzung, Mord u. ä. – geworden (bitte nach Datum, Urlaubsland bzw. -ort und Straftat aufschlüsseln)?

Berlin, den 11. Mai 2000

**Carsten Hübner
Rosel Neuhäuser
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

